

Heute: Denken und Leben
Der Mord in Beuthen

Der gerade Weg

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.

HERAUSGEBER: DR. FRITZ GERLICH
Schriftleitung und Verlag: München, Hofstatt 5, 2. Stock
Postcheckkonto München Nr. 2426 / Telefon 93378/93379

Wochenschrift
Donnerstag

Einzelverkauf: 20 Pf., 30 Oesterr. Gr., 30 Schw. Rappen
Bezugspreis monatl. 90 Pf. einschl. Zustellgeb. durch Agentur,
durch die Post 96 Pf. Kostenl. Unfall- u. Sterbegeldversicherung

Nummer 36

München, den 4. September 1932

4. Jahrgang

Was geht in Berlin vor?

Will Papen der deutsche Mussolini werden?

Man kommt der Wahrheit wohl am nächsten, wenn man die Eröffnungsrede des neuen Reichstags mit einer Marneeschlacht vergleicht, die die Reichsregierung verlor. Der moderne Kampf um die Macht im Staate, in dem wir stehen, ist im Gegensatz zu vergangenen Zeiten fast von militärischen Gesichtspunkten bestimmt.

Unsere Leser wollen sich an die Nr. 51 vom 20. Dez. 1931 zurückerinnern, in der wir im Leitartikel das Buch des italienischen Politikers C. Malaparte über „die moderne Staatsrechtlehre“ besprachen. Malaparte gehört zu den hervorragenden Teilnehmern an der faschistischen Revolution in Italien und beschäftigt sich in seinem Buch vor allem mit der Technik der ruffischen Bolschewiken, Mussolini und Hitler. Den hochwissenschaftlichen Betrachtungen über den Kampf um die Macht im Staate ist — wie unsere Leser aus unseren Moskauer Geheimberichten wissen — die militärische Vorbildung und die Ausdrucksweise ebenfalls geläufig. Wir wollen uns daher ihrer im folgenden auch bedienen.

Wir sagten, die Reichstagsöffnungsrede habe für die Reichsregierung

die Bedeutung einer verlorenen Marneeschlacht

Wir wollen damit sagen, daß die Reichsregierung den Feldzug noch nicht verloren, ihr Gegner, nämlich die Reichstagsmehrheit, den ihren noch nicht gewonnen hat.

Wie aber die verlorene Marneeschlacht für die gesamte deutsche Führung des Weltkrieges deswegen von einschneidender Bedeutung war, weil mit ihr der vorbereitete Aufmarsch endete und die Erdentung neuer strategischer Maßnahmen für nicht vorausberechnete Geschehnisse einsehen mußte, so ist auch für die jetzige Reichsregierung mit der jüngsten Reichstagsöffnung die Zeit beendet, in der der vorbereitete Plan ihrer Machtergreifung und Befestigung endet und sie beginnen muß, neue Wege gegenüber einer völlig neuen und nicht vorausberechneten Lage zu erdenken.

Wir sprechen hier von einem lange vorausüberlegten Plane — militärisch gesprochen, von einem von langer Hand vorbereiteten Aufmarschplan — der jetzigen Reichsregierung, der so gut durchdacht war, daß er bis zum letzten Dienstag programmgemäß abrollte.

Die Reichsregierung hat diesen Plan nicht ganz aus eigenem geschaffen. Schon lange bevor die jetzigen Minister als Reichskabinet Papen vor die Öffentlichkeit traten, hat der Kreis von Gefolgsleuten, dem sie angehören,

Studien in Italien

und besonders in Rom über die Methode der faschistischen Machtergreifung und Behauptung machen lassen.

Es ist möglich, daß die jetzige Reichsregierung bestreitet, ihr Ziel sei der Faschismus.

Wir wollen nicht an Worten herumtauschen. Deswegen erklären wir, daß das Verhalten der jetzigen Reichsregierung in den letzten drei Monaten uns dann am klarsten verständlich erscheint, wenn wir annehmen, die Reichsregierung erstrebe das faschistische Regime für Deutschland.

Die Gründe für diese Annahme entnehmen wir vor allem einmal den staatspolitischen Erklärungen verantwortlicher Reichsminister. Besonders bedeutsam erscheint uns dabei die grundsätzliche Einleitung des Herrn von Papen, in seiner Rede in Münster.

Papen erklärte, er sei „weder revolutionär, noch reaktionär“. Er verordnete aber gleichzeitig, daß er ein neues Regierungssystem in Deutschland aufbauen werde. Nun ist der Faschismus insofern nicht „reaktionär“, als er sich in der Tat nicht für die Wiederherstellung alter Herrschafts- und Befehlsstrukturen eingesetzt hat. Abgesehen von seiner Anfangsperiode, wo er sich als „revolutionär“ bezeichnete, lehnt er die Charakterisierung ebenfalls ab. Er begründet diese Ablehnung mit dem Hinweis darauf, daß sein Streben auf die Steigerung der Staatsautorität gehe und daß er dieser Staatsautorität jede andere menschliche Betätigung wertmäßig und tatsächlich unterordne.

Der Faschismus spricht wenig von der Heiligkeit der Gesetze und erst recht nicht von den natürlichen Rechten der Menschen — dem Naturrecht, wie es in der katholischen Rechtslehre vertreten wird — die sich auf die Trostlosigkeit und erneuerte Offenbarung Gottes gründen und jedem Menschen unverlethlich eigen sind. Denn der Faschismus kennt in seinem System kein unverlethliches Recht jedes einzelnen Menschen, demgegenüber auch die Staatsautorität Halt zu machen hat.

Er ist deswegen nicht mit Unrecht als eine Wiederbelebung antiheldischer Auffassungen bezeichnet worden. Auch wenn er Ehrfurcht vor Gott fordert, so widerspricht das nicht seiner Kennzeichnung als einer Wiederbelebung der

antiheldischen Menschen- und Staatsauffassung. Denn auch dieser war die Ehrfurcht vor den Göttern eigen, nur entbehrte sie des Gedankens des von Gott gegebenen Naturrechts, d. h. der unverlethbaren Menschenrechte.

In seiner Münsterer Rede spricht auch Herr von Papen von Gott und von der Staatsautorität. Die christliche, insbesondere die katholische Auffassung von den unverlethbaren Menschenrechten behandelt er aber nicht. Schon die Tatsache, daß er sich ausgerechnet

Staatswille in Wirklichkeit nichts weiter ist als der Wille Mussolinis, der für seinen Willen das Recht auf Gehorsam seitens aller anderen italienischen Volksgenossen in Anspruch nimmt, so ist auch bei uns der Wille des jetzt aufgerichteten oder in der Aufrichtung befindlichen autoritären Staates in Wirklichkeit nichts weiter, als der persönliche Wille der derzeitigen Reichsregierung bzw. des Herrn Reichspräsidenten. Er ist also der Wille einer eng begrenzten Zahl von Volksgenossen, die sich aber zur Zeit im

das Kabinet Papen—Schleicher—Gayl nicht seinem Willen entspricht.

Und jetzt erleben wir das Seltsame, daß das Kabinet einen Volkswillen, der seiner eigenen Auffassung widerspricht, als für sich nicht so maßgeblich ansieht, daß es nun sofort seine Entlassung eingereicht hätte, wie es eigentlich selbstverständlich gewesen wäre.

Diese gleiche Art wechselnder Berufung bzw. Ablehnung des Volkswillens kennzeichnet auch das faschistische System.

Und ebenso ist diesem eigentümlich, wirtschaftliche Standesorganisationen zu gründen und die Mitwirkung des Volkes an den Regierungsmaßnahmen im wesentlichen auf ein berufsständisches Parlament zu beschränken.

Als Ziel der jetzigen Reichsregierung wurde ebenfalls in der letzten Zeit der Gedanke erörtert, ob es nicht möglich sei, verfassungsmäßig, nämlich auf Grund des Art. 48, zum mindesten

ein berufsständisches zweites Parlament, ein Oberhaus in Deutschland

zu schaffen. Wie weit in diesem Punkte die Pläne der jetzigen Reichsregierung gehen, wissen wir noch nicht authentisch. Infolgedessen begnügen wir uns hier mit dem Hinweis.

Nun mögen unsere Leser vielleicht einwenden, trotz dieser Übereinstimmungen scheint es ihnen doch nicht berechtigt, das Kabinet Papen als ein solches anzusehen, das sich die Einführung des Faschismus zum Ziel gesetzt hat. Denn der Faschismus sei ja in Deutschland bereits durch die Hitlerpartei vertreten. Zunächst diesem und dem unserer Meinung nach faschistisch eingestellten Kabinet Papen entwickelten sich aber doch immer scharfere Gegensätze.

Der eingangs erwähnte italienische Faschistenführer Malaparte lehnt in seiner Studie über die Technik des modernen Staatsreiches Hitler als Vertreter des italienischen Faschismus in Deutschland ab und bezeichnet ihn geradezu als

eine „Karikatur Mussolinis“

Man sieht, die von den Nationalsozialisten gerne vertretene Ansicht, Hitler sei der deutsche Mussolini, wird italienischerseits bestritten.

Näher der Wahrheit kommt die Ansicht, daß in der Nationalsozialistischen Partei ein starkes Stück Faschismus steck. Insbesondere die militarisierten Teile der Partei, nämlich die Braunschweiger (S. u. S.), haben in der Tat sehr viele Ähnlichkeit mit den italienischen Schwarzshirts, das heißt der faschistischen Miliz.

Folgen wir dem italienischen Urteil über die nationalsozialistische Bewegung, so können wir sagen, daß sie einen Faschismus ohne Mussolini und vielleicht überhaupt ohne Führer von der Qualität der italienischen Faschistenführer darstellt. Dann aber liegt es nahe, zumindest einmal theoretisch zu überlegen, ob nicht folgendes der Gedanke des jetzigen Reichstabilitäts bzw. ihres Gefolgsleuten sein könnte:

Wir erstreben den Faschismus. Die nationalsozialistische Bewegung ist eine faschistische, aber ohne einen Mussolini oder sonstige richtige Faschistenführer. Infolgedessen machen wir uns zu Führern dieser Bewegung, indem wir die Gefolgschaft — insbesondere soweit sie militarisiert ist — von den jetzigen untauglichen Führern trennen und zu uns hinüberziehen. Damit richten wir eine nicht nur der

Zum deutschen Katholikentag in Essen

Einundsiebzigmal seit dem Jahre 1848, das dem deutschen Katholizismus gewisse Freiheiten brachte, haben sich die Katholiken unseres Vaterlandes zu den großen deutschen Katholikentagen versammelt. Im Herzen des Industriegebietes, in der Stadt Essen, findet heute diese jährliche Kundgebung der deutschen Katholiken statt. Aus der beklemmenden Stille einer lahmgelegten Industriestadt erheben sich die Gesänge unserer großen und lebendigen Glaubensgemeinschaft. Die Wirtschaft liegt still, ja sie verharrt in einer beinahe tödlichen Agonie, aber der Geist ist lebendig und triumphiert über ausgelöschte Hoffnungen und stillliegende Werke.

Möge dieses Zusammentreffen des lebendigen Geistes mit einem erlahmten Wirtschaftskörper allen, die sich an diesen Tagen in Essen versammeln, zum Bewußtsein bringen, daß alle unsere Nöte, gleichviel ob sie wirtschaftlicher oder politischer Natur sind, nur aus dem Geiste heraus

lösbar sind und für alle Zeiten überwunden werden können. Aus dem Geiste des Christentums und aus den Geboten des Naturrechts, in denen allein wahre und dauernde, soziale und gesellschaftliche Ordnung des menschlichen Gemeinschaftslebens, Gerechtigkeit und Frieden gegeben ist. Diesen lebendigen und tatkräftigen Geist eines wahren Christentums zu neuem Leben zu erwecken, ist der Sinn der katholischen Aktion. Sie sucht ihre Bewahrung nicht in einem ängstlichen Paktieren, sondern in einer kühnen und entschlossenen Christianisierung des Völkerlebens, in der Wirklichkeit des christlichen Geistes, der die Gesellschaft und die Nation neu erfüllen, darüber hinaus aber alle Völker ergreifen soll.

Von solcher Lebendigkeit, von solcher Kraft des Glaubens und voll von dem Glauben an den christlichen Geist werden, wie wir überzeugt sind, die Teilnehmer und die Verhandlungen des einundsiebzigsten Katholikentages erfüllt sein. Wir grüßen sie alle, die sich in diesen Tagen in Essen eingefunden haben und wünschen, daß von dieser Tagung der deutschen Katholiken lebendiger Segen für Volk und Vaterland ausströmen möge.

auf Hohenzollernkönige als Vorbilder seiner konservativen Weltanschauung bezieht und ihren Wahrspruch: „Jedem das Seine“ als Beweis eines „Glaubens an ewige Rechtsnormen“ in der „preußischen Tradition“ betrachtet wissen will, zeigt, daß diese seine Auffassung nicht im Einklang mit der katholisch-naturrechtlichen Auffassung von den Menschenrechten bestehen kann. Denn die Hohenzollernkönige haben die letzteren in Wirklichkeit nie anerkannt und stets verlehrt, wenn es ihnen eine Machtmehrung zu versprechen schien. Man erinnere sich der Kritik von Konstantin Franke.

Wenn man die Papenischen Ausführungen von der Staatsautorität gemäß „preußischer Tradition“ unvoreingenommen und mit der nötigen Geschicktenkenntnis liest, so muß man der Leberzeugung werden, daß in seiner konservativen Weltanschauung der Einzelnen wieder Objekt der Beherrschung durch die „Staatsautorität“ ist. Jedenfalls ist er auch nicht als Volksmehrheit bezeugt, zu bestimmen, wie der Staat zu führen ist und welche Aufgaben er zu leisten hat. Denn die Politik des Herrn v. Papen gegen Parteien überhaupt hat ja zur gedanklichen Voraussetzung, daß die Angehörigen eines Staates kein Recht auf Meinungsbildung über die Führung dieses Staates haben, sondern einer scheinbar selbständig lebenden und von allem Menschenwillen losgelösten Staatsautorität unterworfen sind.

Solange die Menschen das Recht haben, sich Gedanken über die Staatsführung zu machen, gibt es nämlich nach der geschichtlichen Erfahrung, auch verschiedene Gedanken über die im Augenblick richtige Staatsführung und damit Parteien.

Die Bildung von Parteien kann logischerweise nur derjenige ablehnen, der auch das Recht der einzelnen Mitglieder eines Staates auf freie Meinungsbildung über die jeweilige Staatsführung ablehnt. Dieses Recht aber lehnt der Faschismus ab. Und auch in diesem Punkte stimmt das Grundabsehensverhältnis des Herrn v. Papen in Münster mit der italienisch-faschistischen Staatsauffassung überein.

Da nun der Staat kein Lebewesen im Sinne eines Menschen oder Lebewesens ist und damit von sich aus auch keine Willensziele setzen kann, die er mit Hilfe seiner eigenen Autorität verwirklicht, so muß die Willensbildung im Staate doch immer von Menschen ausgehen. Das heißt: die Staatsautorität ist praktisch immer diejenige Autorität, die einzelne regierende Menschen für sich in Anspruch nehmen.

Nur nehmen sich diese regierenden Menschen die Freiheit, sich selbst über die Staatsführung Gedanken zu machen, ein Recht, das sie den anderen Staatsgenossen verweigern. Sie nehmen sich ferner die noch größere Freiheit, ihre Gedanken als die des Staates zu bezeichnen und von ihren Mitmenschen zu verlangen, daß sie sich diesen Gedanken eben wegen der „Staatsautorität“ unbedingt unterwerfen. Sie verwechseln die Autorität des Rechtes und der Legitimität mit ihrem persönlichen Willen.

Wie nun in Italien der angeblich autoritäre

Befehl der leitenden Staatsämter und damit der Staatsmacht befinden.

Zu der Auffassung, daß wir mit diesen Ausführungen die eigentliche Anschauung des Kabinetts Papen—Schleicher—Gayl richtig treffen, veranlaßt uns vor allem dessen wechselnde Stellung zum Volkswillen.

Als die jetzigen Reichsminister nach dem Sturze des Kabinetts Brüning den arbeitsfähigen früheren Reichstag auflösten, obwohl seine Zeit noch nicht abgelaufen war, begründeten sie diese Maßnahme mit der Erklärung, der Reichstag entspreche nicht mehr dem Willen des deutschen Volkes. Der Reichstag hatte eben erst dem Kabinet Brüning wiederum praktisch sein Vertrauen ausgesprochen. Das Kabinet Brüning entsprach also — wenn wir das Urteil der jetzigen Reichsregierung über den Reichstag zugrunde legen, auf dessen Abtötung es sich gründete —, ebenfalls nicht mehr dem Willen des deutschen Volkes. Und in der Tat ist ja der Sturz des alten Kabinetts und die Nichterneuerung von Vertrauensmännern jener Partei, die die Regierung Brüning stürzte, auch so begründet worden.

Der Volkswille hat nun bei der letzten Reichstagswahl sich auf das eindeutige dahin entschieden, daß

4 Wochen verboten!

Auf Anordnung des Reichsministeriums des Innern wurde „Der gerade Weg“ auf vier Wochen verboten. Der Ausfall von vier Nummern und die vordringlichste unserer Aufgaben: Stellung zu nehmen zur politischen Lage, machen es uns heute ganz unmöglich, uns mit den Gründen dieses Verbotes sowie mit der Frage nach der prinzipiellen Berechtigung von Zeitungsverboten auseinanderzusetzen. Das geschieht in den nächsten Nummern, in denen wir auch Auszüge bringen werden aus den ungezählten Sympathieumgebungen, welche uns aus ganz Deutschland zugegangen sind.

Wir können im einzelnen unseren Freunden für diese Beweise ihrer Anteilnahme an unserem Kampfe wie an unserem Schicksale nur unseren herzlichsten Dank sagen. Wenn sich Herausgeber und Redaktion auferstehen sehen, diese Zuschriften zu beantworten, so bitten wir demgegenüber die Verächter entgegenzunehmen, daß jede einzelne Zuschrift mit dankbarem Interesse gelesen wurde. Die von uns erhobene Beschwerde gegen das Verbot wurde verworfen.

Dem Verbot sind wir von der ersten Stunde an mit der frohen Zuversicht begegnet:

Fürchtet euch nicht vor denen, die den Leib töten, aber den Geist nicht töten können.

Das soll auch die Antwort jedes einzelnen unserer Freunde und Leser gegenüber diesem Verbot sein. Wir müssen doppelt so stark werden wie wir heute sind. Dazu müssen uns unsere Freunde helfen: jeder von ihnen muß uns wenigstens einen da ernden Beszcher werden. Neunzig Pfennige kostet „Der gerade Weg“ im Monat. Wer könnte sich das nicht leisten?

Wir alle müssen aktiver werden und wir dürfen nicht länger mit dem Gesichte gegen die Wand stehen!

„Der gerade Weg“